

# Die GEW informiert

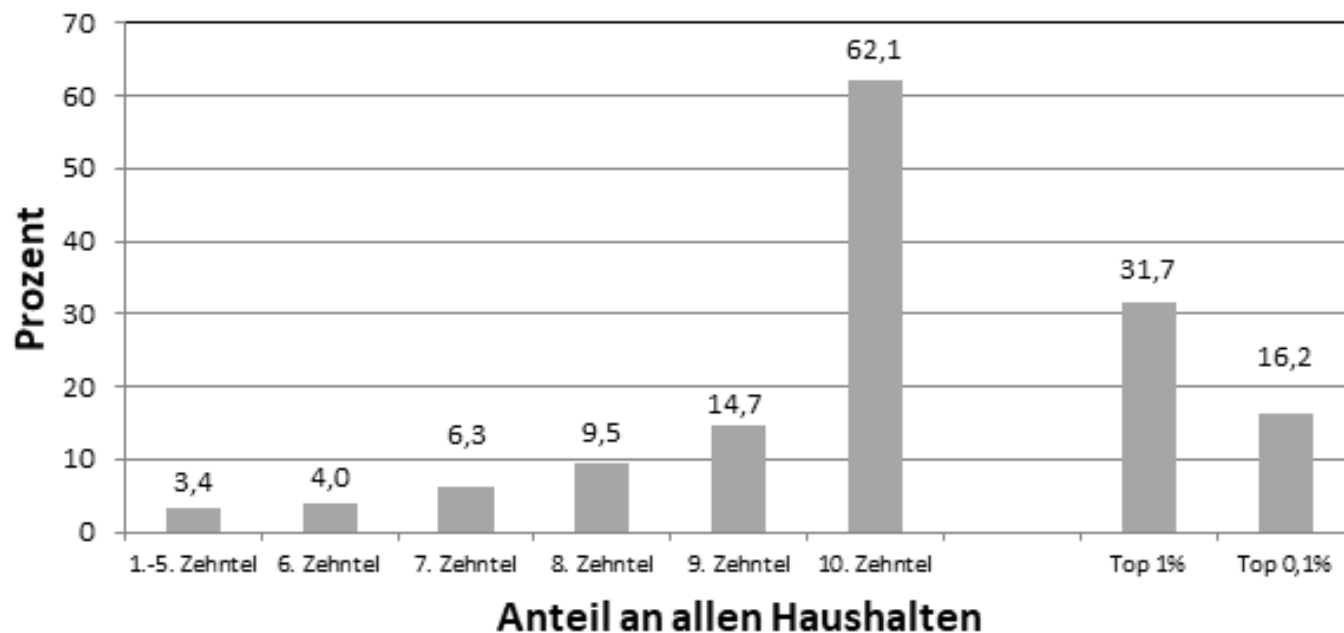
- mehr Geld für Bildung – eine Utopie?
- Große Vermögen in Deutschland müssen stärker für ein soziales Gemeinwesen mit guten Bildungsangeboten in die Verantwortung genommen werden

---

**BILDUNG BRAUCHT BESSERE BEDINGUNGEN**

---

## Vermögensverteilung in Deutschland 2017



Quelle: Stefan Bach, Vermögensabgabe DIE LINKE. Aufkommen und Verteilungswirkungen, Berlin 2020.

### Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt  
Tel. 069-971293-0  
info@gew-hessen.de  
www.gew-hessen.de

Druck: gruendruck.de  
Ausgabe: August 2021

## Mehr Geld für Bildung – eine Utopie? Bildung braucht bessere Bedingungen

Die Erfahrungen im Umgang mit der Pandemie haben erneut deutlich gezeigt, dass unser Bildungssystem chronisch unterfinanziert ist: zu große Klassen, zu hohe Pflichtstunden und eine sehr oft desolate Infrastruktur.

Zu geringe Bildungsausgaben tragen entscheidend dazu bei, dass der Bildungserfolg in Deutschland – im Gegensatz zu vielen andern Ländern – besonders stark von der sozialen Herkunft abhängt. Hierdurch ist es nicht möglich, mit guten Personalschlüsseln zu arbeiten. Mehr Lehrkräfte für Doppelbesetzungen oder Unterricht in kleineren Gruppen, eine echte Ganztagschule und nicht vielfach überlastete Lehrkräfte wären zentrale Elemente um der herkunftsbedingten Bildungsbenachteiligung in den Schulen entgegenzuwirken. Mehr Personal wäre zudem auch in Kitas und Hochschulen dringend erforderlich. Eine entsprechende Personalgewinnung setzt allerdings voraus, dass in einigen Bereichen die Entlohnung auf ein angemessenes Niveau angehoben wird – zum Beispiel für die Erzieherinnen und Erzieher oder für die Grundschullehrkräfte.

Neben fehlendem Personal besteht in Deutschland ein massiver Investitionsstau bei der öffentlichen Bildungsinfrastruktur. Zahlreiche Schulen sind in einem maroden Zustand, und auch zahlreiche Kindertageseinrichtungen und Hochschulen weisen einen großen Investitionsbedarf auf. Zudem besteht ein erheblicher Rückstand bei der digitalen Ausstattung.



Die skizzierten Mängel spiegeln sich auch in den im internationalen Vergleich relativ geringen deutschen Bildungsausgaben wider. So gibt Deutschland – gemessen an der Wirtschaftsleistung, dem Bruttoinlandsprodukt – mit 5,2 Prozent ein halbes Prozent weniger aus als der Durchschnitt der OECD-Länder. In zahlreichen Ländern wie Frankreich, Großbritannien, Finnland, Dänemark oder Norwegen liegen die Bildungsausgaben in Prozent des BIP um etwa zwei bis gut drei Prozent höher. Wollte Deutschland zu diesen Staaten und damit zur Spitzengruppe aufschließen, dann müssten die Bildungsausgaben pro Jahr um 60 bis 100 Milliarden Euro steigen. Dadurch könnte das deutsche Bildungssystem wesentlich verbessert werden.



## Mitglieder werben. Über Prämien freuen.

GEW-Prämienprogramm 2021/2022

Mehr Informationen gibt es hier:

[www.gew-shop.de/catalog/product/view/id/1280/s/flyer-mit-praemienprogramm-2020-2021/](http://www.gew-shop.de/catalog/product/view/id/1280/s/flyer-mit-praemienprogramm-2020-2021/)



1.199 Frankfurter Lehrkräfte aus 64 Schulen haben sich an der vierwöchigen Arbeitserhebung beteiligt. Das sind gut 25% aller Frankfurter Lehrkräfte.

Jetzt geht es darum, mit den Ergebnissen zu arbeiten, damit die Arbeitszeit reduziert wird und die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden.

Weitere Informationen unter

[www.gew-hessen.de/aktuell/themen/arbeitsbelastung](http://www.gew-hessen.de/aktuell/themen/arbeitsbelastung)

## Perspektiven und Alternativen – Politikwechsel erforderlich

Unter den gegenwärtigen finanzpolitischen Bedingungen ist mit einer Steigerung der Bildungsausgaben nicht zu rechnen. Für gute Bildung benötigen wir dringend einen finanzpolitischen Politikwechsel mit einer neuen Regierungsmehrheit.

Mit Überwindung der Corona-Krise droht sogar die Rückkehr zur schwarzen Null. Darüber hinaus haben FDP und Union in ihren Regierungsprogrammen sogar Steuersenkungen in Aussicht gestellt, die den Ausgaben-spielraum zusätzlich einschränken würden. Für bessere Bedingungen im Bildungsbereich müssen wir solchen Politikansätzen die rote Karte zeigen.

Auch weil auf der Ausgabenseite höhere Bildungsausgaben in Konkurrenz mit anderen, gesellschaftlich ebenfalls wichtigen Vorhaben stehen. An erster Stelle ist die sozial-ökologische Transformation zu nennen, in deren Rahmen die Energie- und Verkehrswende finanziert werden muss.

Aus all dem ergibt sich, dass die chronische Unterfinanzierung des Bildungssystems nur durch deutlich höhere Einnahmen beseitigt werden kann. Erforderlich hierfür wäre zum einen eine Reform der Schuldenbremse, die kreditfinanzierte Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur wieder ermöglicht. Durch solche Ausgaben wird ein staatliches Vermögen geschaffen, das den aufgenommenen Krediten auf der Habenseite gegenübersteht. Gerade eine deutlich erhöhte Finanzierung der Bildungsinfrastruktur verspricht ein zukünftig höheres Bildungsniveau, das perspektivisch über höhere Einkommen auch zu deutlich mehr staatlichen Einnahmen führen wird.

Mehr Einnahmen können auch durch sozial ausgewogene steuerpolitische Maßnahmen erzielt werden. Insbesondere eine höhere Besteuerung von großen Einkommen, Vermögen und Erbschaften wäre sinnvoll. Denn während in Folge der Pandemie vielen armen Haushalten die private Überschuldung droht, verfügen andere über ein enorm hohes Vermögen: Auf die reichsten zehn Prozent der privaten Haushalte entfällt mehr als 60 Prozent des gesamten Nettovermögens.

Eine moderate höhere Besteuerung des Vermögensbestandes durch die Wiedererhebung der Vermögensteuer (Freibetrag: eine Millionen Euro) und durch eine angemessene Besteuerung von großen Unternehmenserbschaften würde die im internationalen Vergleich sehr ungleiche Verteilung des Reichtums in Deutschland zumindest im Ansatz korrigieren. Insgesamt könnten so pro Jahr gut 30 Milliarden Euro an zusätzlichem

Steueraufkommen generiert werden. Das Aufkommen aus beiden Steuern steht den Bundesländern zu. Eine solidarische Aufteilung dieser Mittel nach dem Anteil der Bevölkerung würde dem hessischen Landeshaushalt rund 2,2 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen zur Verfügung stellen – Geld, das die Bildungsausgaben in Hessen substantiell erhöhen und die Bedingungen für Bildung deutlich verbessern würde!

#### **Der Vorschlag des DGB zur Vermögensteuer**

*Der Steuertarif soll progressiv wirken, beginnend mit einer Steuerbelastung von einem Prozent ab einem Freibetrag von einer Million Euro. In Fällen der Zusammenveranlagung von Ehegatten und Lebenspartnern verdoppelt sich der Freibetrag. Der Steuersatz steigt dann linear-progressiv bis zu einem Nettogesamtvermögen von zwanzig Millionen Euro auf 1,5 Prozent an. Ab einem Vermögen von mehr als 100 Millionen Euro erhöht sich der Steuersatz auf 1,75 Prozent. In einer weiteren Stufe wird ab einem Vermögen von mehr als einer Milliarde Euro der Höchststeuersatz von 2 Prozent erreicht.*

#### **Vermögensverteilung in Deutschland 2017**

Grafik siehe erste Seite.

#### **Bildung braucht bessere Bedingungen**

**Große Vermögen in Deutschland müssen stärker für ein soziales Gemeinwesen mit guten Bildungsangeboten in die Verantwortung genommen werden**

#### **Die aktuelle Verteilung der Vermögensverteilung in Deutschland**

Mitte des vergangenen Jahres sorgten neue Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für Aufsehen (Schröder u.a. 2020). Durch eine spezielle Untersuchung von besonders reichen Personen war es gelungen, die Vermögenskonzentration im Rahmen des Sozioökonomischen Panels (SOEP) genauer zu ermitteln – beim SOEP handelt es sich um eine seit 1984 jährlich durchgeführte repräsentative Wiederholungsbefragung von Privathaushalten in Deutschland.

Gemäß dieser neuen Zahlen besitzen die reichsten zehn Prozent nicht wie bisher angenommen knapp 60 Prozent des gesamten Nettovermögens (Bruttovermögen abzüglich Schulden), sondern gut zwei Drittel davon. Sogar noch stärker als gedacht ist der Reichtum beim reichsten Prozent konzentriert: Dieses vereint 35 Prozent des gesamten Reichtums auf sich. Bis dahin belief sich der entsprechende Wert auf 22 Prozent.

**Macht euch bereit für die Tarifverhandlungen im September 2021!**



**Werdet aktiv:**

[www.gew-hessen.de/tarifrunde-hessen-2021](http://www.gew-hessen.de/tarifrunde-hessen-2021)



### Aktionskonferenzen im September

14. September: Mittelhessen/Marburg  
bezirk@gew-mittelhessen.de

15. September: Südhessen / Frankfurt  
info@gew-frankfurt.de

16. September: Nordhessen/Kassel  
bezirk@gew-nordhessen.de

### Macht mit, werdet aktiv:

[www.gew-hessen.de/tarifrunde-hessen-2021](http://www.gew-hessen.de/tarifrunde-hessen-2021)

Ähnlich hoch konzentriert ist das Nettovermögen, wenn private Haushalte zugrunde gelegt werden. Die entsprechenden Zahlen können auf Basis einer Erhebung der Bundesbank (Household Finance and Consumption Survey, kurz HFCS) und den Angaben des Manager Magazins zu den reichsten Personen in Deutschland gewonnen werden (Bach 2020 27 ff.): Demnach besitzen die reichsten zehn Prozent aller Haushalte in Deutschland 62 Prozent des Nettovermögens, auf das reichste Prozent der Haushalte entfallen 32 Prozent des gesamten Reichtums.

### Höhere Vermögen- und Erbschaftssteuer angezeigt

Um diese krasse soziale Schieflage zu korrigieren und zusätzliche Einnahmen für die öffentliche Hand zu generieren, schlägt das neue DGB-Steuerkonzept unter anderem die Wiedererhebung der Vermögensteuer vor. Diese Steuer fällt sowohl für natürliche als auch für juristische Personen (Kapitalgesellschaften wie Aktiengesellschaften und GmbHs) an.

Für natürliche Personen ist ein persönlicher Freibetrag in Höhe von einer Million Euro vorgesehen, in Fällen der Zusammenveranlagung von Ehegatten und Lebenspartnern verdoppelt sich der Freibetrag auf zwei Millionen Euro. Der Steuersatz beträgt zunächst 1 Prozent – er steigt dann linear-progressiv bis zu einem Nettogesamtvermögen von zwanzig Millionen Euro auf 1,5 Prozent an. Ab einem Vermögen von mehr als 100 Millionen Euro erhöht sich der Steuersatz auf 1,75 Prozent. In einer weiteren Stufe wird ab einem Vermögen von mehr als einer Milliarde Euro der Höchststeuersatz von 2 Prozent fällig.

Der persönliche Freibetrag gilt nicht für juristische Personen. Um eine doppelten Besteuerung von Kapitalgesellschaften und ihren Eigentümerinnen und Eigentümern zu vermeiden, wird jeweils nur der halbe Vermögenswert von der juristischen bzw. der natürlichen Person besteuert.

Das Aufkommen aus der hier skizzierten Vermögensteuer läge vorsichtig geschätzt bei 25 Milliarden Euro.

Neben der Wiedererhebung der Vermögensteuer soll auch bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer eine höhere Besteuerung erfolgen. Aktuell bestehen erhebliche Begünstigungen für Erben von Betriebsvermögen: Deren steuerfreier Anteil an ihren Erbschaften fällt umso höher aus, je größer die Erbschaften (bzw. Schenkungen) sind. Da hohe und sehr hohe Erbschaften in großem Umfang aus Unternehmensvermögen bestehen – hierzu zählen auch große Aktienpakete –, werden Großvermögen weitgehend von der Erbschaftsteuer verschont.

Das beschriebene Privileg bei der Besteuerung von Unternehmenserbschaften sollte ersatzlos abgeschafft werden – eine entsprechende Re-

form der Erbschafts- und Schenkungssteuer würde das bestehende Steueraufkommen um rund 7 Milliarden Euro erhöhen.

### Fazit

Eine höhere Besteuerung des Vermögensbestandes und der Übertragung von Vermögen würde die im internationalen Vergleich sehr ungleiche Verteilung des Reichtums in Deutschland zumindest im Ansatz korrigieren. Insgesamt könnten durch die vorgeschlagenen Maßnahmen, die im neuen DGB-Steuerkonzept enthalten sind, pro Jahr rund 32 Milliarden Euro an zusätzlichem Steueraufkommen generiert werden. Das Aufkommen aus beiden Steuern steht den Bundesländern zu. Eine solidarische Aufteilung dieser Mittel nach dem Anteil der Bevölkerung würde dem hessischen Landeshaushalt rund 2,2 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen zur Verfügung stellen. Auf dieser Grundlage könnten die strukturelle Unterfinanzierung des Bildungssystems in Hessen in weiten Teilen beseitigt werden.

### Für bessere Bedingungen in der Bildung brauchen wir deshalb einen Politikwechsel nach der Bundestagswahl!

#### Quellen

- Bach, Stefan (2020): Vermögensabgabe DIE LINKE. Aufkommen und Verteilungswirkung, Berlin.
- Schröder, Carsten/Bartels, Charlotte/Göbler, Konstantin/Grabka, Markus M./König, Johannes (2020): MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen, in: DIW Wochenbericht 29/2020.



### 7. September 2021 um 18 Uhr | Kassel Bürgerhaus Philipp-Scheidemann-Haus

Podiumsdiskussion rund um das Thema "Bildung braucht bessere Bedingungen". Der Bezirksverband Nordhessen lädt die Vertreterinnen und Vertreter der Bundestagsparteien ein, um über ihre Vorhaben in der Bildungspolitik zu sprechen.



### Bildungsprogramm von August 2021 bis Januar 2022

Lea bildungsgesellschaft ist das gemeinnützige Bildungswerk der GEW Hessen. Seit 2005 bieten wir Fortbildungen, Qualifizierungsseminare, Studienreisen, Bildungsurlaube und Personalräteschulungen für Kolleginnen und Kollegen aus Schule und Hochschule sowie dem Sozial- und Erziehungsbereich in Hessen an.

Alle Angebote auf [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

# Antrag auf Mitgliedschaft

Bitte in Druckschrift ausfüllen

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Hessen



## Persönliches

Nachname (Titel) \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

Postleitzahl, Ort \_\_\_\_\_

Telefon / Fax \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Staatsangehörigkeit \_\_\_\_\_

gewünschtes Eintrittsdatum \_\_\_\_\_

bisher gewerkschaftlich organisiert bei \_\_\_\_\_ von \_\_\_\_\_ bis (Monat/Jahr) \_\_\_\_\_

weiblich  männlich  weiteres \_\_\_\_\_

## Berufliches

Berufsbezeichnung (für Studierende: Berufsziel), Fachgruppe \_\_\_\_\_

Diensteintritt / Berufsbeginn \_\_\_\_\_

Tarif- / Besoldungsgebiet \_\_\_\_\_

Tarif- / Besoldungsgruppe \_\_\_\_\_ Stufe \_\_\_\_\_ seit \_\_\_\_\_

monatliches Bruttoeinkommen (falls nicht öffentlicher Dienst) \_\_\_\_\_

Betrieb / Dienststelle / Schule \_\_\_\_\_

Träger des Betriebs / der Dienststelle / der Schule \_\_\_\_\_

Straße, Nr. des Betriebs / der Dienststelle / der Schule \_\_\_\_\_

Postleitzahl, Ort des Betriebs / der Dienststelle / der Schule \_\_\_\_\_

## Beschäftigungsverhältnis:

- |  |  |  |
|--|--|--|
| <input type="checkbox"/> angestellt                              | <input type="checkbox"/> beurlaubt ohne Bezüge bis _____ | <input type="checkbox"/> befristet bis _____           |
| <input type="checkbox"/> beamtet                                 | <input type="checkbox"/> in Rente/pensioniert            | <input type="checkbox"/> Referendariat/Berufspraktikum |
| <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Std./Woche | <input type="checkbox"/> im Studium                      | <input type="checkbox"/> arbeitslos                    |
| <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Prozent    | <input type="checkbox"/> Altersteilzeit                  | <input type="checkbox"/> Sonstiges _____               |
| <input type="checkbox"/> Honorarkraft                            | <input type="checkbox"/> in Elternzeit bis _____         | _____  |

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an.

Ort / Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt a. M.

Gläubiger-Identifikationsnummer DE31ZZZ0000013864

**SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der GEW auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber\*in) \_\_\_\_\_

Kreditinstitut (Name und BIC) \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Ort / Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten werden nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) geschützt.

**Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den GEW-Landesverband Hessen, Postfach 17 03 16, 60077 Frankfurt.**

**Vielen Dank – Ihre GEW**